



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 11  
17.03.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

---

Wähleranteile:	Union bei 33 %, SPD bei 32 %
----------------	------------------------------

---

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

---

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

---

Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
--------------------------	---

---

Wichtigstes Thema:	Politische Situation in der Türkei
--------------------	------------------------------------

---

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS
CDU/CSU	33 (-)	33 (-)
SPD	32 (-)	32 (-1)
FDP	6 (-)	5 (-1)
DIE LINKE	7 (-)	8 (-)
B'90/Grüne	7 (-1)	8 (+1)
AfD	9 (+1)	9 (+1)
Sonstige	6 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.	09.-15.03.

Die Union liegt bei forsa 1 (-) und bei Emnid 1 (+1) Prozentpunkt vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	39 (+1)
Schulz	36 (-)
keinen von beiden	25 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 3 (+1) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

87 % (-) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 6 % (+1) Schulz. Von den CSU-Anhängern würden sich 79 % (+4) für Merkel und 9 % (+1) für Schulz entscheiden.

78 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Schulz und 13 % (-1) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (19.03.2017)

## Problemlösungskompetenz

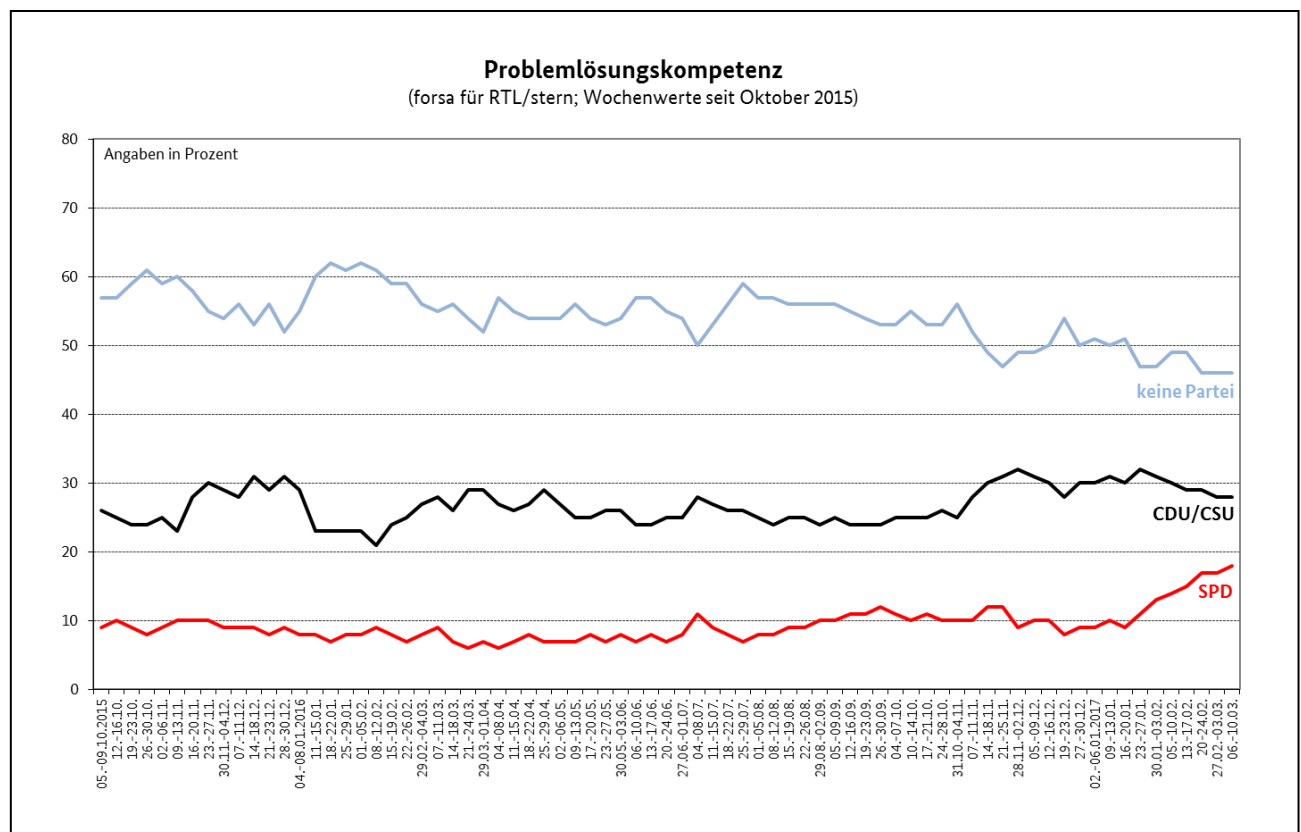
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	28	(-)
SPD	18	(+1)
sonstige Parteien	8	(-1)
keine Partei	46	(-)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 10 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Seit der Nominierung von Kanzlerkandidat Martin Schulz im Januar konnte die SPD ihren Kompetenzwert verdoppeln.

73 % (+4) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 53 % (+3) von ihrer Partei.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im März 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (+2)	26 (-2)	1 (-)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	64 (-3)	32 (+2)	3 (+1)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (+4)	33 (-4)	3 (-)	0 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	59 (+4)	37 (-3)	3 (-)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	57 (-6)	38 (+6)	3 (-1)	2 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	53 (+2)	39 (-1)	7 (-1)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	48 (-7)	46 (+8)	4 (-1)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	47 (-)	45 (+1)	7 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (+3)	40 (-4)	13 (+2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (+2)	36 (-3)	13 (+1)	4 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (-2)	42 (-3)	13 (+5)	4 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	38 (-1)	45 (+1)	14 (-1)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (+2)	44 (+1)	10 (-2)	8 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	34 (+4)	51 (-)	10 (-3)	4 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	31 (+4)	50 (-2)	15 (-3)	3 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	30 (+2)	51 (+6)	15 (-5)	3 (-2)
neue Technologien fördern	30 (+3)	51 (-2)	16 (+1)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	29 (+1)	53 (-3)	15 (+1)	1 (-)
Staatsschulden begrenzen	29 (+1)	46 (-4)	20 (+2)	3 (-)
für Preisstabilität sorgen	25 (-4)	57 (+3)	15 (+1)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (-1)	57 (-)	15 (+1)	2 (-2)
Erhebungszeitraum	07.-14.03.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Personen mit mittlerer formaler Bildung (72 %) sowie von Anhängern der AfD (74 %) und der SPD (71 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Über 40-Jährige nennen diese Aufgabe häufiger als unter 30-Jährige (69 % zu 51 %) und Frauen häufiger als Männer (70 % zu 57 %). Personen mit hoher formaler Bildung (57 %) nennen die Altersversorgung unterdurchschnittlich oft. Der Umwelt- und Klimaschutz wird von Anhängern der Grünen (77 %) und der SPD (70 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Westdeutsche nennen diese Aufgabe häufiger als Ostdeutsche (67 % zu 45 %) und Frauen häufiger als Männer (68 % zu 58 %). Anhänger der AfD (38 %) nennen den Umwelt- und Klimaschutz unterdurchschnittlich oft.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen März 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2017

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	73 (+3)	18 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	71 (-2)	23 (+3)
neue Technologien fördern	67 (+3)	24 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (-7)	28 (+7)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	65 (+7)	31 (-8)
innere Sicherheit gewährleisten	65 (+5)	31 (-6)
Staatsschulden begrenzen	63 (+9)	30 (-8)
für Preisstabilität sorgen	63 (+2)	32 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (-4)	38 (+3)
Verbraucherschutz stärken	57 (+1)	35 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	57 (-1)	39 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	54 (+4)	42 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (-1)	42 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	50 (+1)	45 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+4)	45 (-3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (-2)	46 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	42 (+5)	53 (-5)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	42 (+1)	53 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (+5)	56 (-7)
Altersversorgung langfristig sichern	35 (+2)	60 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (+2)	64 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-14.03.2017	

In 14 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (73 %) und die Vertretung deutscher Interessen in der EU (71 %).

Im Politikfeld "Staatsschulden begrenzen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 9 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Auch der Aufgabenbereich „Arbeitslosigkeit bekämpfen“ (+7 Prozentpunkte) wird häufiger sehr bzw. eher gut bewertet.

Im Politikfeld "deutsche Interessen im Ausland vertreten" bewertet dagegen ein um 7 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

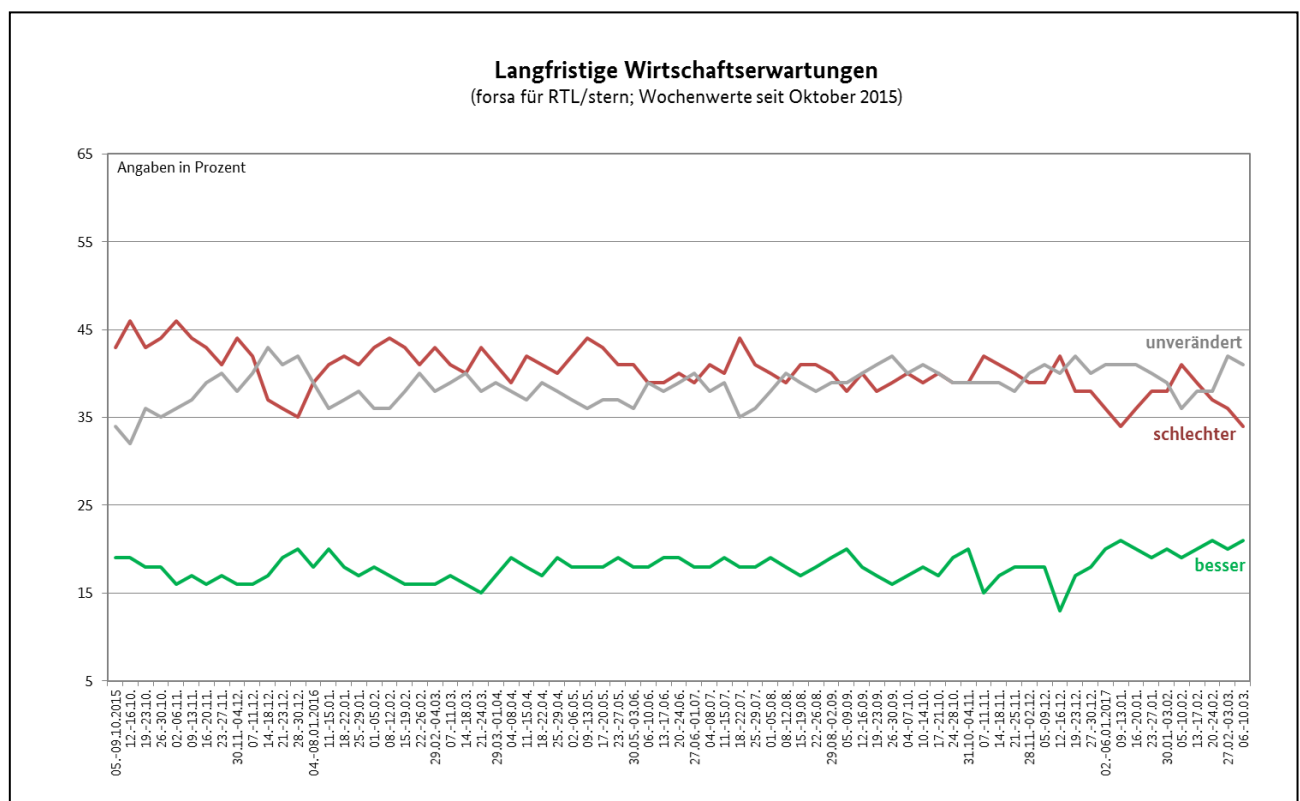
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
besser	21 (+1)
schlechter	34 (-2)
unverändert	41 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt gleichwohl um 13 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	<b>forsa</b> für BPA
besser als vor einem Jahr	18 (+2)
schlechter als vor einem Jahr	15 (-2)
genauso wie vor einem Jahr	67 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (31 % zu 10 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (29 % zu 10 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung (22 %) nehmen überdurchschnittlich oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

## Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	<b>forsa</b> für BPA
in einem Jahr besser	25 (+1)
in einem Jahr schlechter	11 (-1)
ungefähr so wie jetzt	62 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (51 % zu 9 %). Auch Personen mit mittlerer formaler Bildung sind hier überdurchschnittlich oft optimistisch (30 %).

Geringverdiener (16 %) gehen überdurchschnittlich häufig von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.

### Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	<b>forsa</b> für BPA	
zurzeit günstig	51	(+3)
zurzeit eher ungünstig	41	(-3)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (65 % zu 35 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (59 % zu 39 %).

Ostdeutsche (50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.

### Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	<b>forsa</b> für BPA	
eher optimistisch	50	(-1)
eher pessimistisch	31	(-)
Erhebungszeitraum	06.-10.03.	

Insbesondere unter 30-Jährige (55 %) glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen. Personen mit hoher formaler Bildung denken das häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (54 % zu 31 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (60 % zu 43 %).

45- bis 59-Jährige (36 %) schätzen ihr Umfeld überdurchschnittlich oft eher pessimistisch ein.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Politische Situation in der Türkei (Inhaftierung von Yücel, Pressefreiheit, Erdogan-Wahlkampf)	57 (+16)
US-Präsidentschaft Donald Trump	18 (-8)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	8 (-4)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-)
Erhebungszeitraum	14.-15.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der politischen Situation in der Türkei. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der SPD (66 %), der Union, der Grünen (jew. 64 %) und der AfD (63 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (64 % zu 43 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (63 % zu 51 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (63 % zu 52 %). Anhänger der Linkspartei (50 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der Grünen (27 %) erwähnen die US-Präsidentschaft Trumps überdurchschnittlich häufig. Ostdeutsche (12 %) und 35- bis 49-Jährige (13 %) sowie Anhänger der AfD (9 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

